

20. Februar 2015 | Ronald Schminke zu:

Gute Arbeit durch Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ermöglichen - Zukunft der Arbeit gestalten

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits im Jahr 2011 hatten SPD und Grüne einen Antrag zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz auf den Weg gebracht, aber damals waren CDU und FDP nicht ernsthaft bereit, mit uns über Verbesserungen zu reden. Sie haben unseren Antrag damals mit Ihrer Mehrheit einfach abgebugelt. Jetzt müssen Sie dafür nachsitzen, weil wir den wichtigen Arbeits- und Gesundheitsschutz als Bestandteil unseres Markenzeichens „Gute Arbeit“ richtig ernst nehmen und kontinuierlich weiterentwickeln werden, meine Damen und Herren. Das unterscheidet uns von Ihnen, und darum sitzen Sie heute knörig auf der Oppositionsbank.

Wir wollen die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen in Niedersachsen verbessern. Unsere Arbeitswelt verändert sich nämlich rasant, und körperlich schwere Arbeiten nehmen tendenziell ab. Die Arbeits- und Gesundheitsforscher zeigen eine erhebliche Zunahme psychischer Erkrankungen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen unter enormem Zeitdruck. Immer öfter wird von den Arbeitnehmern ständige Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft verlangt. Gleichzeitig besteht die Ungewissheit, ob der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Das alles sind typische Begleiterscheinungen prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Diese Merkmale passen absolut nicht zum Leitbild „Gute Arbeit“, wie wir uns das vorstellen, meine Damen und Herren.

Darum ist die Zielsetzung des Antrags hoch aktuell. Wir werden das auch nach vorne bringen.

Wenn uns die Menschen im Arbeitsprozess wirklich wichtig sind und wenn wir die Chancen für eine immer älter werdende Arbeitnehmerschaft nutzen und stärken wollen, müssen wir jetzt sinnvoll gegensteuern. Das ist an vielen Stellschrauben gut möglich, wenn man es nur will.

Wir Sozialdemokraten haben sehr konkrete Vorstellungen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichem und privatem Leben. Arbeit allein ist nicht das Leben. Work-Life-Balance ist sicher von vielen Faktoren abhängig, aber Arbeitszeiten und Verdienstmöglichkeiten sind dabei von besonderem Interesse. Das zeigen uns die repräsentativen Befragungen sehr eindeutig.

Meine Damen und Herren, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes war eine längst überfällige Antwort zur Entschärfung prekärer Arbeitsverhältnisse.

Ich betone ausdrücklich: Der Mindestlohn ist auch Ausdruck einer Wertschätzung der Arbeit. Es ist der Respekt vor der Arbeitsleistung der Menschen, und es ist deshalb auch ein großes Stück Gerechtigkeit. Darum begrüßen wir diesen Beitrag als spürbare Minderung der psychischen Belastung vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gesundheitspolitisch bedeutet der Mindestlohn für die Arbeitnehmer eine gehörige Portion Seelenfrieden. Für viele ist das auch die Rückkehr der Würde, die Sie den Arbeitnehmern mit Ihrer Politik viel zu lange vorenthalten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition.

Sie waren zehn Jahre lang untätig, und auch jetzt zeigen Ihre Körperhaltung und Mimik, wo Sie stehen und wie ernsthaft Sie etwas verändern wollen. Wir nehmen das wirklich ernst. Für Sie ist Arbeits- und Gesundheitsschutz oft gleichbedeutend mit Mehrkosten. Das kennen wir bereits, das haben wir uns auch schon angehört. Das ist schlicht falsch.

Ich sage Ihnen einmal, was wir wollen. Wir wollen in Niedersachsen bestehende Projekte zur Erprobung der Verbesserung betrieblicher Gesundheitsförderung unterstützen. Wir wollen eine humane Arbeitskultur, in der Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und andere Experten mit den Unternehmen und den Betriebs- und Personalräten zielorientiert zusammenarbeiten. Da geht nämlich noch viel mehr.

Wir wollen von der Landesregierung erfahren, wie sich das im Jahre 2002 eingerichtete Gesundheitsmanagement mit den Aufgabenbereichen Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung, Suchtprävention und Sozialbetrug in der Landesverwaltung entwickelt hat. Wir wollen eine stärkere Unterstützung von Betriebs- und Personalräten sowie der Fachkräfte für Arbeitssicherheit durch die Gewerbeaufsicht entwickeln. Wir wollen eine Moderation bei wichtigen Pilotprojekten zwischen Betrieben, Gesundheitsdienstlern und wissenschaftlichen Einrichtungen, um betriebliche Gesundheitsförderung an der Stelle weiterzuentwickeln.

Wir wollen in Kooperation mit der Ärztekammer dafür sorgen, dass ausreichend Betriebsärzte zur Verfügung stehen. Und wir wollen die arbeitsmedizinische Beratung durch den gewerbeärztlichen Dienst in den Gewerbeaufsichtsämtern weiterentwickeln und über die erzielten Erkenntnisse auch breit informieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht nur technisch ausgebildete Fachkräfte für Arbeitssicherheit, sondern auch Fachleute, die mit sozialen und emotionalen Belastungskonstellationen umgehen können. Ärztliche Therapien und Rehabilitationsmaßnahmen müssen zeitnäher durchgeführt werden. Auch dafür werden wir uns einsetzen; denn in diesem Bereich gibt es völlig berechtigt Klagen und Unzufriedenheit.

Es geht uns auch um die Stärkung und bessere Vernetzung der Arbeitswissenschaft zum betrieblichen Zeit- und Gesundheitsmanagement, insbesondere um Prävention und Abbau psychischer Belastungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss endlich weiterentwickelt werden. Dazu gibt es viele gute Vorschläge, aber es mangelt an der Umsetzung. Wir wollen Taten sehen. Wir brauchen mehr betriebliches Engagement bei der Kinderbetreuung und auch dann, wenn Angehörige gepflegt werden müssen.

Eine kluge Personalpolitik berücksichtigt schon heute solche Interessen. Meine Damen und Herren, die Arbeitgeber sollten im Rahmen der Mitbestimmung die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz an jeder Stelle unterstützen; denn die beste Rendite erzielt man mit kerngesunden und hoch motivierten Arbeitnehmern.

Vorbildfunktionen kann und muss auch das Land Niedersachsen als Arbeitgeber aufzeigen, indem Arbeitszeitverkürzungen nach individuellem Bedarf der Bediensteten getroffen werden. Niedersachsen soll sich im Bundesrat für eine gesetzliche Antistressregelung und für eine umfassende Regulierung atypischer Beschäftigung durch Equal Pay in der Leiharbeit ab dem ersten Einsatztag im Betrieb und für die Abschaffung sachgrundloser Befristung einsetzen. Herr Bley, das hören Sie gerne, oder?

Wir machen das.

Auch an den Hochschulen benötigen wir wissenschaftliche Ressourcen zur Kompetenzerweiterung der Arbeitsfelder der Qualifizierung und zur Beratung der Akteure im Gesundheitsmanagement. Insbesondere auch die Wirtschaftsförderung wollen wir durch die Landesregierung berücksichtigt und genauso wollen wir Kriterien guter Arbeit dort verstetigt wissen. Belohnungen bekommen immer nur die Guten.

In enger Kooperation mit den Gewerkschaften wollen wir einen Index „Gute Arbeit“ für Niedersachsen erheben und innovative Konzepte und Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigung und der Arbeitsfähigkeit entwickeln.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie bemerken unseren ganzheitlichen Ansatz. Wir wollen die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen im Zeitalter der Digitalisierung stärken. Depressionen, Angstzustände und Stress nehmen immer mehr und stark zu. Immer mehr Menschen sind betroffen, und clevere Arbeitgeber investieren in Präventionsmaßnahmen, um hohe Folgekosten zu vermeiden.

Unser Antrag ist auch das Ergebnis einer SPD-internen Anhörung. Wichtige Experten auf dem breiten Feld des Arbeits- und Gesundheitsschutzes waren beteiligt.

Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit, Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften, AOK, Deutsche Rentenversicherung und andere Fachkundige haben ihren Rat zu unserem Antrag eingebracht. Darum spiegelt dieser Antrag auch die Forderungen und Interessen vieler Organisationen und Verbände wider. Ich sage das ausdrücklich, damit Sie entsprechend sorgfältig damit umgehen, Herr Bley.

Wir möchten nun auch Ihnen Gelegenheit geben, diesen Antrag fachlich mit uns zu beraten, anstatt die Forderungen wie 2011 einfach abzubügeln. Der Antrag ist es wert. Er ist das Ergebnis guter Arbeit, die wir schon geleistet haben. „Gute Arbeit“ ist im Übrigen ausschließlich und allein unser Markenzeichen. Das müssten Sie wissen.

Danke schön.

Es gilt das gesprochene Wort.

Rede zu:

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/2887